

Große Anfrage

der Abgeordneten Christian Lenzer, Dirk Fischer (Hamburg), Erich Maaß (Wilhelmshaven), Anneliese Augustin, Heinz-Günter Bargfrede, Dr. Wolf Bauer, Brigitte Baumeister, Meinrad Belle, Hans-Dirk Bierling, Renate Blank, Wilfried Böhm (Melsungen), Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Georg Brunnhuber, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Wolfgang Dehnel, Albert Deß, Werner Dörflinger, Hubert Doppmeier, Ilse Falk, Dr. Kurt Faltlhauser, Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel, Johannes Gerster (Mainz), Dr. Wolfgang Götzer, Udo Haschke (Jena), Rainer Haungs, Dr. Renate Hellwig, Ernst Hinsken, Siegfried Hornung, Claus Jäger, Dr. Dionys Jobst, Dr. Egon Jüttner, Michael Jung (Limburg), Steffen Kampeter, Volker Kauder, Dr.-Ing. Paul Krüger, Dr. Paul Laufs, Editha Limbach, Eduard Lintner, Dr. Manfred Lischewski, Theo Magin, Dr. Dietrich Mahlo, Claire Marienfeld, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Rudolf Horst Meinl, Maria Michalk, Hans-Werner Müller (Wadern), Alfons Müller (Wesseling), Eduard Oswald, Norbert Otto (Erfurt), Dr. Gerhard Päselt, Gerhard O. Pfeffermann, Dr. Friedbert Pflüger, Ronald Pofalla, Rosemarie Priebus, Dr. Bernd Protzner, Susanne Rahardt-Vahldieck, Otto Regenspurger, Dr. Bertold Reinartz, Erika Reinhardt, Helmut Rode (Wietzen), Dr. Christian Ruck, Dr. Jürgen Rüttgers, Roland Sauer (Stuttgart), Heinz Schemken, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Trudi Schmidt (Spiesen), Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Stefan Schwarz, Heinrich Seesing, Dr. Hans-Joachim Sopart, Bärbel Sothmann, Karl-Heinz Spilker, Karl Stockhausen, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Dr. Hans-Peter Voigt (Northeim), Alois Graf von Waldburg-Zeil, Michael Wonneberger, Benno Zierer, Wolfgang Zöllner und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Jürgen Timm, Manfred Richter (Bremerhaven), Horst Friedrich, Jörg Ganschow, Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Jürgen Starnick und der Fraktion der FDP

Elektrofahrzeuge

Die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP sind der Auffassung, daß die Bundesregierung durch die steuerlich geförderte frühzeitige Einführung des Katalysators für Automobile eine erhebliche Verbesserung des Umweltschutzes durchgesetzt hat. Weitere Verbesserungen des Umweltschutzes kann es zukünftig nur über die Gestaltung von Rahmenbedingungen geben, die damit Anlaß zum Einsatz neuester Technologien sind. Neben dem zu prüfenden Einsatz nachwachsender Rohstoffe und der Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie kommt künftig der Förderung der Entwicklung und des Einsatzes von Elektrofahrzeugen eine

wichtige Aufgabe zur Verbesserung des Umweltschutzes, insbesondere in den Innenstädten, zu.

Elektromobile, deren Betrieb für sich gesehen, nahezu keine Emissionen an der Wegstrecke verursachen (Schadstoffemissionen sind bei der Stromerzeugung im Kraftwerk leichter zu beherrschen), können nach Auffassung der Koalitionsfraktionen einen Beitrag zur Entlastung der Umwelt sowie eine erhebliche verkehrliche Entlastung der Innenstädte in den Ballungsräumen bewirken. Gerade in den Innenstädten können Elektrofahrzeuge ihre technischen Vorteile voll zum Tragen bringen. Neben der Vermeidung von Abgasen zeichnen sich die Elektrofahrzeuge durch eine wesentlich geringere Geräusentwicklung und in der Regel auch Platzersparnis aus. Besondere Initiativen auf diesem Gebiet unternehmen die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sowie im besonderen Maße einige amerikanische Bundesstaaten und auch Großstädte. Die Stadt Los Angeles unterstützt z. B. einen Wettbewerb, der Design sowie die Produktion und damit verbunden den Verkauf von 10 000 Elektrofahrzeugen in den nächsten fünf Jahren zum Ziel hat.

Wir fragen die Bundesregierung:

A) Maßnahmen zur Einführung von Elektrofahrzeugen in den Vereinigten Staaten

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Anstrengungen in den Vereinigten Staaten, mit denen in erheblichem Umfange die Einführung und die Nutzung von Elektrofahrzeugen vorangetrieben wird?
2. Welche gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen wurden dazu von der amerikanischen Regierung bereits geschaffen, und welche gesetzlichen Regelungen befinden sich noch in der Beratung im Kongreß bzw. Senat?
3. Welche besonderen gesetzlichen Maßnahmen und andere Anstrengungen zur Einführung einer größeren Zahl von Elektrofahrzeugen werden in den amerikanischen Bundesstaaten (z. B. Kalifornien) unternommen?
4. Inwieweit werden die staatlichen Bemühungen zur vermehrten Einführung von Elektrofahrzeugen durch Einbindung von Unternehmen der Privatwirtschaft unterstützt?
5. Welche Entwicklungsarbeiten mit welchen Schwerpunkten übernimmt die amerikanische Automobilindustrie?
6. Welche Entwicklungsarbeiten übernimmt die amerikanische Energiewirtschaft?
7. Welche Konzepte in der Automobiltechnik und für die Infrastruktur werden schwerpunktmäßig verfolgt?
8. In welchen Bereichen sollen Elektrofahrzeuge zur Anwendung gelangen (regional oder als besonderer Verkehrsträger)?

9. Welche Kosten hinsichtlich des Kaufs und Betriebs von Elektrofahrzeugen einerseits und hinsichtlich der Schaffung einer geeigneten Infrastruktur andererseits werden von amerikanischer Seite genannt?
10. Wie verteilen sich die Kosten auf Staat und Privatwirtschaft, und welche finanziellen Lasten hat der private Nutzer zu tragen?
- B) Maßnahmen zur Unterstützung der Einführung von Elektrofahrzeugen in der Bundesrepublik Deutschland und in der EG
11. Welchen technischen Stand haben Elektroautomobile in der Bundesrepublik Deutschland, und wie ist die künftige technische Entwicklung zu beurteilen?
12. Sind die unter A 2 und A 3 in den Vereinigten Staaten getroffenen Gesetzgebungsmaßnahmen auf Deutschland übertragbar?
- Welche Maßnahmen müßten auf EG-Ebene durchgeführt werden oder bedürfen gegebenenfalls der Zustimmung der EG?
13. Welche deutschen Unternehmen erforschen und erproben Elektroautomobile und die dazugehörige Infrastruktur?
14. Welche technischen Entwicklungslinien sind bisher mit welchem Erfolg und mit welcher Gesamtsumme von der Bundesregierung unterstützt worden?
- Inwieweit hat die EG die Entwicklung von Elektrofahrzeugen und gegebenenfalls welche technischen Entwicklungslinien unterstützt?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung die unterschiedlichen Stromspeichertechniken, und welche Konzeption hat die größten Erfolgsaussichten?
16. Welche Möglichkeiten der Entlastung der Umwelt global und regional sieht die Bundesregierung durch die Einführung von Elektrofahrzeugen über den Aspekt der Entlastung der Innenstädte hinaus [z. B. innerbetriebliche Verkehre (Bundespost, Bundesbahn)]?
17. Wie beurteilt sie die Entsorgung von Elektromobilen?
18. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, welche hält sie darüber hinaus für sinnvoll, um zur Erreichung ihrer umweltpolitischen Ziele beim Emissionsschutz die Einführung von Elektrofahrzeugen zu fördern?
- Welche der nachgenannten Maßnahmen hält sie für sinnvoll und realisierungsfähig:
- Privilegierung von Elektrofahrzeugen bei Smogalarm in den Innenstädten,
 - Privilegierung von Elektrofahrzeugen, sofern die Innenstädte für den übrigen Pkw-Verkehr gesperrt sein sollten,
 - Sonderbehandlung bei der Erhebung der Kfz-Steuer,

- verbindliche, planungsrechtliche Festlegung, die die Installierung von Nachlademöglichkeiten in Parkhäusern und auf öffentlichen Parkplätzen vorsieht,
 - verbindliche Quotenregelung bei der Zulassung von Kraftfahrzeugen zugunsten nicht emittierender Kraftfahrzeuge,
 - Benutzervorteile in sensiblen Gebieten (z. B. in Kur- und Erholungsorten)?
19. Wie beurteilt die Bundesregierung unter ökologischen Gesichtspunkten den künftigen Einsatz von Elektrofahrzeugen, wenn bei der Stromerzeugung CO₂-arme/freie Energieträger eingesetzt würden?
- Welche der nachgenannten Energieträger hält sie im Hinblick auf einen späteren Einsatz von Elektrofahrzeugen für ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich machbar:
- Einsatz fossiler Wärmekraftwerke mit verbessertem Wirkungsgrad,
 - Einsatz regenerativer Energieträger, insbesondere Solarenergie,
 - Einsatz konventioneller und fortschrittlicher Kernreaktortechnologie?
20. Welche Anstrengungen müßten, neben Unterstützungsmaßnahmen des Bundes, die Länder und Gemeinden sowie die Privatwirtschaft zur Förderung von Elektroautomobilen unternehmen?
- Welche Initiativen auf EG-Ebene zur Förderung von Elektromobilen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, welche Anstrengungen müßte die EG zur Förderung von Elektrofahrzeugen unternehmen?
- Welche Anstrengungen werden in anderen Industriestaaten in Europa, die nicht der EG angehören, sowie in Kanada und Japan zur Förderung von Elektrofahrzeugen unternommen?
21. Wie hoch sind nach Auffassung der Bundesregierung die Kosten für Anschaffung und Betrieb sowie Infrastruktur (inkl. Entsorgung) für ein regionales Verkehrssystem mit Elektrofahrzeugen anzusetzen, und wie hoch sind die Kosten für den jeweiligen privaten Nutzer?
22. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, und welche hält sie darüber hinaus für sinnvoll, um eine internationale Kooperation bei der Entwicklung von Elektrofahrzeugen insbesondere durch die Vereinbarung von Standards für den Bau und den Betrieb zu erreichen?
23. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung von Elektrofahrzeugen aus energiepolitischer Sicht?
24. Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorteile von Elektrofahrzeugen im Vergleich zu Fahrzeugen mit anderen Antriebstechnologien?

Bonn, den 21. Oktober 1991

Namen umseitig

Christian Lenzer
Dirk Fischer (Hamburg)
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Anneliese Augustin
Heinz-Günter Bargfrede
Dr. Wolf Bauer
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Hans-Dirk Bierling
Renate Blank
Wilfried Böhm (Melsungen)
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Georg Brunnhuber
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Wolfgang Dehnel
Albert Deß
Werner Dörflinger
Hubert Doppmeier
Ilse Falk
Dr. Kurt Falthäuser
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Johannes Gerster (Mainz)
Dr. Wolfgang Götzer
Udo Haschke (Jena)
Rainer Haungs
Dr. Renate Hellwig
Ernst Hinsken
Siegfried Hornung
Claus Jäger
Dr. Dionys Jobst
Dr. Egon Jüttner
Michael Jung (Limburg)
Steffen Kampeter
Volker Kauder
Dr.-Ing. Paul Krüger
Dr. Paul Laufs
Editha Limbach
Eduard Lintner
Dr. Manfred Lischewski
Theo Magin
Dr. Dietrich Mahlo
Claire Marienfeld
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Rudolf Horst Meinl

Maria Michalk
Hans-Werner Müller (Wadern)
Alfons Müller (Wesseling)
Eduard Oswald
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Gerhard Päselt
Gerhard O. Pfeffermann
Dr. Friedbert Pflüger
Ronald Pofalla
Rosemarie Priebus
Dr. Bernd Protzner
Susanne Rahardt-Vahldieck
Otto Regenspurger
Dr. Bertold Reinartz
Erika Reinhardt
Helmut Rode (Wietzen)
Dr. Christian Ruck
Dr. Jürgen Rüttgers
Roland Sauer (Stuttgart)
Heinz Schemken
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Trudi Schmidt (Spiesen)
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Stefan Schwarz
Heinrich Seesing
Dr. Hans-Joachim Sopart
Bärbel Sothmann
Karl-Heinz Spilker
Karl Stockhausen
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Dr. Hans-Peter Voigt (Northeim)
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Michael Wonneberger
Benno Zierer
Wolfgang Zöllner
Dr. Alfred Dregger, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Jürgen Timm
Manfred Richter (Bremerhaven)
Horst Friedrich
Jörg Ganschow
Dr. Karlheinz Gutmacher
Dr. Jürgen Starnick
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

